



# Antrag



Vorlage: AT/0036/2025		Datum: 13.03.2025	
Verfasser:	02-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FREIE WÄHLER und die LINKE-PARTEI: Resolution "Nein zu Gewalt an Frauen"</b>			
Gremienweg:			
27.03.2025	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
	TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt folgende Resolution.

Resolution

Nein zu Gewalt gegen Frauen!

Der Stadtrat Koblenz setzt ein dauerhaftes Zeichen gegen jede Form der geschlechtsspezifischen Gewalt an Frauen.

## Begründung:

Geschlechtsspezifische Gewalt ist überall auf der Welt weit verbreitet. In der Europäischen Union erlebt jede dritte Frau Gewalt, jede zweite wird mit Formen der Belästigung konfrontiert; in Deutschland erlebt jede vierte Frau häusliche und/oder andere Formen Gewalt in der Partnerschaft. Insbesondere häusliche Gewalt ist eines der weltweit größten Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder.

Auch in Koblenz gilt es, Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie Gewalt im Gesamten entschieden entgegenzutreten. Der Stadtrat hat dieses gesamtgesellschaftliche Problem erkannt und spricht sich dafür aus, die Situation der betroffenen Frauen in Koblenz zu verbessern und Hilfsstrukturen vor Ort zu verstärken.

1. Einsatz für die Gleichstellung der Geschlechter: Die Rechte von Frauen und Kindern müssen auch in der Kommunalpolitik zum Thema gemacht werden. Der Stadtrat setzt sich weiterhin für alle Maßnahmen ein, die die Gleichstellung der Geschlechter zum Ziel hat und die Gewalt gegenüber Frauen in den Blick rückt, insbesondere auch gegenüber vulnerablen Gruppen, wie z.B. Menschen der queeren Community, behinderte oder wohnungslose Frauen, Frauen mit Fluchterfahrungen, Opfer von Zwangsheirat, Zwangsprostitution oder Beschneidung und viele andere mehr.

2. Hilfs- und Beratungsangebote: Der Stadtrat spricht seine Unterstützung für Vereine und Institutionen aus, die sich für Geschlechtergerechtigkeit und den Abbau von Macht- und Gewaltstrukturen zwischen den Geschlechtern einsetzen. Außerdem sollen die Akteur\*innen besser

vernetzt werden, um einen umfassenden Schutz von Frauen zu gewährleisten. Aus Sicht des Stadtrates muss eine adäquate Versorgung und Behandlung der Opfer dauerhaft gewährleistet sein.

3. Stigmatisierung beenden: Opfer von Gewalt werden häufig stigmatisiert. Dadurch werden Opfer entmutigt, ihre Erfahrungen zu thematisieren. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, in der städtischen Öffentlichkeitsarbeit solche Vorstellungen zu widerlegen und für geschlechtsspezifische Gewalt zu sensibilisieren.

4. Öffentlichkeitswirksamkeit: Der Stadtrat spricht sich dafür aus, öffentlich ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Dabei soll auf die in der Stadt Koblenz vorgehaltenen Präventions-, Selbstverteidigungs- und in Krisensituationen greifenden Hilfs- und Schutzangebote hingewiesen werden, wie etwa das Hilfefon. Die Stadt Koblenz wird weiterhin sichtbare Zeichen zum Ausdruck gegen Gewalt an Frauen unterstützen.

5. Sicherheit gewährleisten: Alle präventiv handelnden Stellen müssen für das Thema geschlechtsspezifische Gewalt sensibilisiert werden.-Die Stadt Koblenz strebt aufeinander abgestimmte Sicherheitskonzepte von Stadt und Land an, die besonders von Belästigung oder von Gewalt betroffene Frauen im Blick haben und die die Expertise von Frauenhilfsorganisationen mit einbeziehen. Des Weiteren setzt sich der Stadtrat dafür ein, den öffentlichen Raum für Frauen durch Maßnahmen wie bessere Beleuchtung, niedrigere Hecken, usw. für ein besseres Sicherheitsgefühl zu sorgen.

6. Bund und Land müssen sich beim Schutz von Frauen vor Gewalt beteiligen. Das Gewalthilfegesetz auf Bundesebene ist ein wichtiger Schritt, dass sich der Bund an den Kosten von Frauenhäusern beteiligt und die Istanbul-Konvention umgesetzt wird. Dieses muss schnell und nachhaltig auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Den weiteren Ausbau von Frauenhausplätzen von der Landesebene begrüßen wir. Programme wie Second Stage müssen weiter gefördert werden.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

### **Auswirkungen auf den Klimaschutz:**